

Bezugspreise:  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mk., durch die Post monatl.  
8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.,  
einjähr. Anlieferungsgeld. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen. Im  
amtlich. Zeitungsgesetz vom  
21. Sept. 1910 ist die Höhe der  
Einkaufspreise festgesetzt. Die  
1140, der Preisliste Nr. 1103  
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Volks-Zeitung

Anzeigenpreise:

Die 8 gefaltene 34 mm breite Mi-  
nutezeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Familienanzeigen 40 Pf., Bekann-  
te die 92 mm breite Minutezeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche  
Anzeigenverträge. Erfüllungsort  
Halle. Erscheint täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schiedsrichter: Halle, Neue Her-  
renstraße 19, Dr. Traubauer. 17  
Leben u. Geschäftsstellen: Große  
Mühlstraße 32 und Markt 23.  
Verlagsgesellschaft Leipzig Nr. 223 15.

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 329.

Halle, Sonntag, den 17. Juli 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Müssen wir zugrunde gehen?

Journalisten an die Front!

Eine gewaltige Frage zweifelt in diesem Augenblick, wo  
sich überall starke Kräfte konzentrieren, um den Verfall des  
Deutschiums aufzuhalten. Jedermann weiß, daß der Zu-  
sammenbruch nur zu vermeiden ist, wenn wir uns samt und  
sonders und ausnahmslos als ein einzig Volk von  
Brüdern zusammenschließen, geeint durch die heilige Liebe zum  
Waterlande, geeint durch den heiligen Willen, im deutschen Volke  
ein so lebendiges Nationalempfinden zu wecken, wie es  
in England, Frankreich schmerzlich ist, geht durch das  
Verlangen, die Vaterlandsliebe durch die Volksgemeinschaft  
über alles zu setzen, was an Sonderinteressen uns Deutsche  
sonst in Ströme, Klüften und Kasten trennt. Die Liebe,  
das Verlangen, die Sehnsucht nach der großen, beglückenden  
Volksgemeinschaft sind da, der Wille sie zu erreichen ist  
taufendfach vorhanden. Aber wehe dem, der den Mut  
hat, Willen und Sehnsucht in die Tat umzu-  
setzen. Er wird bald merken, daß er sich eine Sisyphus-  
Arbeit vorgenommen hat, die keine Kräfte erschöpft und ihn  
zum seelischen Zusammenbruch bringt, ehe er sein Ziel er-  
reicht hat. Wehe ihm, wenn er glaubt, daß es bei uns in  
Deutschland, wie in anderen Ländern der Welt nur ein ein-  
ziges, klarer unteilbares Vaterlandempfinden gibt, ein  
Band, das alle Deutschen zusammenknüpft und bewahrt,  
zu einer Nation mit gleicher Sprache, gleichen Sitten, gleichen  
Moral- und Rechtsempfinden und gleicher Kultur zusammen-  
schließen kann. Aber schon es einmal - in den demütigenden  
Niederlagen 1914 - so als ob wir ein einzig Volk von  
Brüdern seien, in keiner Not sich trennend noch Gefahr.  
Aber es schien nur so. Es war ein Wahn, ein Strohfeuer,  
das im glühenden Dorn des Weltkrieges verglimmt und kaum  
Schlaffen zurückließ. Wohl werden täglich in Ost und  
West und Nord und Süd Morden gefahren, Missetaten  
verübt, Verbrechen begangen, die den Volksgemeinschaftsge-  
danken im Volke wachen. Wohl werden bei solchen Gelegenheiten  
und auch sonst überall begehrt die alten deutschen Lieder  
gehört, von Ehrlichkeit und Recht und Freiheit, von deut-  
schen Frauen, die dem deutschen Mann und deutschen  
Gang. Aber die Begeisterung, die sie flammte, nicht  
mehr mit heiler Güte aus dem Mund der Menge, sie hat  
ihre hypnotisierende, mitreißende Wirkung verloren. Woran  
liegt das? Die deutsche Seele ist sitzhaft gelähmt worden  
und wenn sie sich einmal aufricht, ihr deutsches Empfinden  
nach außen zu betonen, dann trübt durch ihre Lebensäu-  
ßerung wie ein giftiges Gewürm, wie eine Schlange der Ge-  
danken: es nützt ja doch nichts. Der Stetigismus ist  
zum Bestenismus geworden und dieser hat den Optimismus,  
der für jedes Wiedererleben erforderlich ist, hat den uner-  
schütterlichen Glauben an eine denn auch ferne, so doch sichere  
bessere Zukunft zerstört und damit auch die  
Energie, an der Befreiung zu arbeiten, erschlagen. Und  
weil bei jedem Kranken, der trotz jähren Lebenslängens durch  
gesell. jeder Umgehung sein Ende nahen fühlt und es  
in seiner Ohnmacht nicht aufzuhalten vermag, das Mit-  
trauen gegen Jedes und Leben sich einzunutzen pflegt  
und ihm den Rest der Lebensenergie zernüßt, so frigt das  
Misträuen am Bestenmark des ohnmächtigen deutschen Volkes  
und wird es zugrunde richten, wenn in einem letzten Auf-  
blühen nicht doch noch der Körper mit dem Lebenswillen  
die zerstörenden Elemente des Misträuens und der Zukunfts-  
verneinung vernichtet. Noch sind die Energiequellen im deut-  
schen Volkstypus nicht tot. Sie sind nur umfängen von einer  
Dynamik. Noch sind die Kernestränge nicht zerrissen, die  
von Energiezentren den lebenden Willensstrom in die  
Gliederungen bringen können. Wenn die Organe vorhanden,  
die dem ganzen Körper einen energiegelben Blutstrom zu neuen,  
jähler Kräfteentfaltung geben könnten, aber sie sind nicht  
und zeihen sich einander, statt sich unter einem einheitlichen  
Willen zur Gemeinsamkeit des Handelns zusammenzufinden.  
Die Energiequellen sind die politischen und wirtschaftlichen  
Organisationen und Körperschaften einschließl. der  
Regierungsstellen. Sie sind gerichtet durch den Volkswillen,  
der die nach seiner Ansicht fähigsten Köpfe dorthin  
geschickt hat, damit sie in eingehender, sachlicher und über-  
legter Aussprache und Beratung den Weg finden sollen,  
auf welchem das Volk aus der schweren Not der Zeit  
hervorkommen kann, bevor Staat und Wirtschaft zusammen-  
brechen und alles unter sich begraben. Diese „fähigsten  
Köpfe“, diese Ausnahmestellen der Nation haben auf histo-  
risch vorzugsweise hohen Posten. Das Vertrauen des  
Volkes hat sie emporgeloben zu den höchsten Ehrenstellen,  
die eine Volksgemeinschaft überhaupt zu vergeben hat. Nun  
sind sie bis zu Neunhundert den Willen der Wähler mehr  
oder weniger entrückt und sind auf sich selbst gestellt, haben sich  
als Weniger von einem Schritt und Tritt zu be-  
dauern, damit nicht einmals die Geheiligte in unerbüßlicher  
Gerechtigkeit den Staub über sie bricht oder sie der Wählerkritik  
preisgibt. Sind diese Männer, die „fähigsten  
Köpfe der Nation“, sich selbst dieser ihrer  
schweren Verantwortung bewußt? Sind sie sich  
klar darüber, daß sie das Gehirne der Volksgemein-  
schaft darstellen, das wohl aus einzelnen Zellen besteht, die  
aber eine Gemeinsamkeit als Energiezentrum darstellen, das  
benutzen ist, alle Glieder der Volksgemeinschaft zu  
gemeinsamer Arbeit zu dirigieren und Glieder, die anders  
wollen, in diese Gemeinschaftsarbeit hineinzuwingen? Be-  
denkt man das, so packt uns der Menschheit ganz Hammer  
an, wenn man sieht, wie dort im Gehirne des deutschen Volk-  
stamms gearbeitet wird. Schwabenden hat das Volk die Par-  
lamente bereits genannt. Eine unfaßliche Beerdigung für die  
„fähigsten der Nation“ liegt in dieser herben Bezeichnung.

Die Ermäßigten des Volkes gehen mit einem laubenden Sa-  
gen der Beerdigung über dieses Volkstum - Volkstümme  
Gottesstimme! - zur Tagesordnung über und schwägen  
- ach nein, sie schämen nicht, sie tun - vorhandene Aus-  
nahmen befühligen die Regel - noch etwas weit Schlimmeres;  
sie stellen sich nicht auf das Suchen nach Verständigungsmög-  
lichkeiten zur gemeinschaftlichen Rettung des Volkes ein, son-  
dern auf den Kampf aller gegen alle. Viele von ihnen schei-  
nen überhaupt keine Meinung von der Politik als der  
Kunst des Möglichen zu haben, sondern sie verlangen  
Unmögliches, nur um ihren naiven Wahlen zu gefallen und  
obwohl sie genau wissen, daß das verlangte Unmöglichste nie-  
mals Gutes werden kann. Und weiter, nur um ihren Wählern  
zu gefallen, negieren sie alles, was zur Regierung  
benötigt werden müssen, ohne bessere Wege anzu-  
geben. Sie zeigen sich als vorzügliche Anatomien  
und Sektierer, noch nicht gelegener Raten und machen das  
durch die Tat unmöglich. Statt sachlicher, besserer Wege zeigen  
der Kritik über sie krankhafte Kräfte, treiben  
Opposition aus Prinzip und halten Parteipro-  
paganda von dem Fenster hinaus. Wenn man den Parla-  
mentsgebäude bewohnt, so sieht man bald bereit hinaus,  
denn hier ringen meist keine Meister der Kunst des Möglichen  
um die Erkenntnis der besten Mittel zum Staats- und Wirt-  
schaftsaufbau, hier politikfahnen Parteibanden und  
Parteilisten, um die Parteien zum Siege an-  
zuführen und um die Parteien durch allerlei politische Maß-  
nahmen neue Wähler zu gewinnen. Scheitert es nicht, als ob  
hier auch, die „fähigsten Köpfe der Nation“ schon angeknackst  
sind vom Überbesitzes, der mit seinem „Es nützt ja doch  
nichts“ zur Paralyse führen muß, nachdem er vorher die letzten  
Lebensenergien in Bosheiten und Niederträchtigkeiten ver-  
spritzt hat. Der Parteien das und Sader, wie er sich in den Parla-  
menten auswirkt, sinkt nachgerade zum Himmel und macht  
der Minderheit von wirklich noch in den ge-  
gebenden Körperschaften vorhanden echten  
Politikern, den Meistern der Kunst des Möglichen, die Ur-  
deutlichkeit unmöglich. Diese Meister sind in allen Parteien vor-  
handen, sie erziehen die interparteiliche Zusammenfassung als  
deutsche, aber die unfaßlichen Geistes und die unfaßlichen  
Sprachformen der Politik, die über den Parteien stehen, haben  
sich über die Demokratie bei der Partei die „fähigsten Köpfe der Nation“ gemacht hat, sind nicht im  
Stand, die Parteibille abzulegen und sich in erster  
Linie als Vertreter des deutschen Volkes zu fühlen. Und  
durch ihre Leberhaft werden sie den Meistern der Politik  
das Heft aus der Hand und machen sie ohnmächtig. Ist es  
da zu viel gesagt, wenn man von einer drohenden Paralyse im  
Gehirne des deutschen Volkes spricht?

Können solche Zustände ohne Mithilfe  
auf den Volkstypus bleiben? Wohl kaum. In der  
Tat spiegelt sich denn auch die Parteizerrissenheit,  
die sich tagtäglich unter den „fähigsten der Nation“ offenbart,  
in verstärkter Maße in den Parteien wieder dort der  
Dienstfähigkeit der Parteifunktionäre, die ihre Tüchtigkeit  
daraus zu beweisen suchen, daß sie „päpstlicher als der Partei-  
papa“ sind und seine jetzt angebotenen Winke für den Kampf  
in feilen Schlagen oder manchmal auch in Dreckschanden um-  
wandeln. In den Parlamenten wachen die Parteibanden eifer-  
süchtig darüber, daß in ihren Dogmen auch nicht ein Züpfel-  
chen über dem i verändert wird und im Verstand stehen sich  
ihre treuen Boten, die über den Kopf in Parteien gehandelt  
und mit Hoff- und Verleumdung gefüllt, gegenüber stehen. Das  
sind wir Deutsche, ein einzig Volk von Brüdern!  
Das Herz kämpft sich dem zusammen, der noch einen  
Funken von echter deutscher Vaterlandsliebe und deutschem  
Idealismus im Leibe hat.

Müssen wir daran zugrunde gehen? Nein!  
Nein! Dreimal Nein! Denn noch gibt es im deutschen  
Waterlande eine Macht, die die Dinge zum Besseren wenden  
kann, wenn sie nur will und sich ihrer Aufgabe bewußt ist.  
Es ist die Trägerin der öffentlichen Meinung.  
Es ist die deutsche Presse, soweit sie sich nicht zum  
Parteilichem degradiert hat. Es sind ihre Schriftsteller, die es  
nicht nötig haben, sich zum Sklaven des Parteiaktivismus  
zu machen, sondern die Wächter sein können, daß die Seele des  
Volkes durch den Parteiaktivismus keinen Schaden leide.  
In ihre Hand ist eine ungeheure Verantwortung gelegt und  
eine ungeheure Möglichkeit. Denn ist es an der Zeit,  
sie zu gebrauchen im Dienste des Waterlandes. Das  
Volk ist des Parteiaktivismus müde. Es will  
heute aus dem Chaos, in dem wieder das Deutschum  
über die Parteizerrissenheit, nur ein einzig Volk  
von Brüdern sein, um der Not herauszukommen an  
die produktive Arbeit. Parteien müssen sein. Sie sind  
die gegebenen Organe, Weltanschauungsfragen, Staatsver-  
fassungsprobleme zu lösen und in legislative Formen zu gießen.  
Aber der Parteiaktivismus muß heraus aus dem  
politischen Leben des deutschen Volkes. Keine Partei hat das  
Recht, dem politisch Andersdenkenden das echte, deutsche  
Waterlandempfinden, die heilige Liebe zur deutschen Heimat, zum  
deutschen Volkstum abzupredigen, ihn zu distributieren, ihm  
mit Misträuen gegenüberzutreten und Misträuen gegen ihn zu  
fassen, ihn als Feind zu betrachten, solange er sich nicht selbst  
offenbündig von der deutschen Volksgemeinschaft löst. Es  
gibt keine Tageszeitung im ganzen deutschen Waterlande,  
die nur Angehörige einer Partei zu ihren Befehlshändern, mit  
Ausnahme vielleicht die sozialistischen Blätter. Es gibt keine  
guten Redatoren im deutschen Waterlande, die ohne Not die  
andere gegnerischen Seite vor den Kopf stoßen, jeder wenig  
als elementareren Berufswörter nach einer vernünftigen Aus-  
sicht der Gegenseite freiben. Wohl gibt es auch hier einige,  
die in parteipolitischen Berranntheit Anzettelungen schlagen,

aber bei ihnen läßt die Reaktion aus dem Beserzerte nicht  
lange auf sich warten. Die geistigen Leiter der deutschen Presse,  
der öffentlichen Meinung sind meist mit heiligem Idealismus  
in ihren Beruf hineingearbeitet. Sie wollen dem Volk  
guten, dem Volkwohl, dem Waterlande dienen. Nun wohl.  
Das Waterland ist in Not. Darum an den  
deutschen Journalisten! Wenn ihr an die Zukunft des  
deutschen Volkes glaubt, wenn ihr daran glaubt, daß das  
Volk des deutschen Volkes noch nicht der Paralyse verfallen  
ist, dann hängt euch nicht in das Schlingelnetz der Reagier-  
er, die den Blut haben, auch als freie deutsche Män-  
ner, die den Blut haben, auch einmal den Wohlstand aus  
den eigenen politischen Reizen ein Wort der Kritik zu-  
rufen. Betreuet ruhig, sachlich und lebendig eure politische  
Anficht, aber übersteuert nicht die Parteifunktionäre im Leben  
von Misträuen gegen Andersdenkende. Halte fest daran, daß wir  
alle in erster Linie Deutsche sind, deren Waterland das vom  
Verderben steht. Die Parteiergebnisse können und dürfen  
das deutsche Volk nicht auseinanderreißen, denkt an das  
letzte Kaisers Wort: Ich kenne keine Parteien mehr, kenne  
nur noch Deutsche. Laßt alle aus dem Spalten der Zeitungen  
heraus, was über eine sachliche politische Kritik hinausgeht.  
Es liegt in eurer Hand, der politischen Bewegung ein Ende  
zu bereiten. Ihr habt die Macht, die Mittel und das Recht  
dazu. Müht euch! In der Presse muß es sich in erster Linie  
beweisen!

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern  
In keiner Not uns trennen und Gefahr!

## Um Oberschlesiens Schicksal.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“  
schreibt: Da die alliierten Kommissare in Oberschlesien  
nicht instande waren, einstimmige Vorschläge wegen der  
künftigen Grenze aufzustellen, kamen alle drei überein, daß  
die Frage vom Obersten Rat soweit als möglich geregelt  
werden sollte. Die schlesische Bevölkerung ist jetzt mit der  
Ernte beschäftigt, so daß augenblicklich die Gedanken auf  
andere als politische Angelegenheiten gerichtet sind und die  
politischen Verhandlungen weniger hart sind. Eine  
derartige Gelegenheit für die endgültige Regelung sollte man  
nicht unbenuzt vorbeigehen lassen. Einigen Entzungen kommt  
zu neuen Urteilen, alliierte Verfassungen werde mög-  
licherweise erforderlich sein, infolgedessen hofft man, daß die  
französische und die italienische Regierung der Einberufung  
des Obersten Rates binnen etwa 10 Tagen zustimmen. Es  
wird ferner gehofft, daß mit Rücksicht auf den Umstand, daß  
das französische Parlament in die Ferien gegangen ist, wäh-  
rend das britische Parlament noch tagt und ferner die Reichs-  
senatoren und die irische Konferenz noch im Gange sind, die  
Alliierten London als Ort der Zusammenkunft akzeptieren  
werden. Am Schluß weist der Korrespondent hin, daß die  
gleichen Fragen bei den letzten Konferenzen bei der neuen  
Konferenz erörtert werden, ebenso wie die Fragen der  
Zwangsmassnahmen, die Kriegsbeschädigten und vielerlei  
gewisse Punkte des Reparationsproblems.

## Die deutsch-französischen Reparations-Verhandlungen.

Wie mehrfach gemeldet, haben der Staatssekretär  
Sirich im Reichswirtschaftsministerium und der Reichs-  
kommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung, Trendelen-  
burg, an den Verhandlungen mit der französischen Regie-  
rung in Paris Ende voriger und Anfang dieser Woche teil-  
genommen. Hierbei sind deutschseits auch die Mit-  
glieder der Sprache gebracht worden, die seit Einrich-  
tung des alliierten Komitees im Rhein-  
land die Folge der durch das Reich der Deutschen er-  
folgten großer Mengen unerwünschter Waren für Deutschland  
entstanden sind. Französischerseits ist offiziell erklärt  
worden, daß Frankreich aus dem gegenwärtigen Zustand im  
Rheinlande keinerlei Vorteile für seinen Handel erziehen  
wolle. Unterhandeln haben sich über ein Programm hinsicht-  
lich der Einfuhrregelung ergoingigt, welches es der  
deutschen Regierung hoffentlich ermöglichen wird, alsbald  
auf die Handhabung der Ein- und Ausfuhrbewilligung im  
Rheinlande Einfluss zu nehmen. Dabei solle auch den beson-  
deren Bedürfnissen Deutschlands auf Sicherstellung der  
Reparationsleistungen für die Reparation Rechnung getragen  
werden. Die französische Regierung wird der deutsche Re-  
gierung ihre Mühe wegen der französischen Einfuhr mit-  
teilen. Hierbei soll im August weiter verhandelt werden.  
Die Traqueite der getroffenen Abmachungen wird sich erst  
übersehen lassen, wenn die diesbezüglichen Verhandlungen der  
Rheinlandskommission getroffen worden sind. Die aber-  
weiligen Bemühungen der deutschen Regierung, die Alliierten  
von der Notwendigkeit zu überzeugen, erst den Gemein-  
sames der Sanktionen und insbesondere das für  
die deutsche Wirtschaft zu überaus lästigen Eingriffen in das  
deutsche Zoll- und Steuerwesen, sowie die Zulassung des  
einfacher Kraft zu legen, werden selbstverständlich hierdurch  
nicht berührt.

## Das unpolitische Leipzig.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der feiner  
mediensozialistische Reichstagskorrespondent von Frankfurt a. M.  
Max Quark einen Artikel im „Vorwärts“, an dessen Spitze  
er stellt, die Leipziger Kriegsprozesse seien politische Prozesse.  
Verantwortlich wolle das deutsche Volk der Kriegsverführung  
zur Verantwortung bringen, nicht irgend welche Einzelfälle. Die-  
sem Sinn und dieser Richtung der Ententeprozesse gegen  
deutsche Soldaten und Heerführer werde aber die Prozedur

Führung aus Mangel an politischem Gefühl nicht gerecht. Obersteinstaatliche, höchste Richter und Verteidiger führen die Kriegsprozesse tief, nüchtern, traditionell, fortrefflich und völlig unpolitisch. Es ist ein praktisches, geschickliches, gar nichts oder wenig, um bei der Beweiserhebung und bei der Beweisauswertung einwandfreies Prozeduralrecht dafür zu schaffen, daß die Urteile aus über die tieferen politischen Sinn der Angelegenheiten ausgesprochen könnten. An zwei Beispielen soll darauf das festgemacht werden. Die Anzeige A. B. wegen der Verstoßnahme im Gefangenenerlager bei Rastatt, also wegen dessen heuchlerischer und strafloser Einrichtungen, hätte so behandelt werden sollen, daß nicht bloß durch heuchlerische Gutachten deutscher Sachverständiger, sondern auch durch Tatsachengenauigkeiten ein Urteil darüber ermöglicht worden wäre, ob denn nicht förmliche Gefangeneneinrichtungen aller kriegerischen Staaten selbstverständlich in gewissen notwendigen Mängeln leben müssen und diesen wie drücken ganz gleichmäßig in selbige dessen Opfer fallen mußten. Damit wäre Beweisen worden, daß von einer besonders hohen und barockigen Behandlung der Kriegsgefangenen gerade in deutschen Gefangenenerlagern nicht die Rede sein könne. Ebenso hätten die Sozialisten deutscher Kriegsgefangener in Algerien, über die Sauret an dieser Stelle furchtbare Einzelheiten mitteilt, verhältnismäßig herangezogen werden sollen. Sich dermaßen prozedural zu wehren und zu verteidigen, ist durchaus geboten und erlaubt und würde auch im politischen Zustand begriffen und gewürdigt werden.

### Die falsche Mobilisierungsmeldung.

Graf Max Montgelas schreibt: In Nr. 316 des "Berliner Tageblattes" wurde nachgewiesen, daß die beiden Telegramme, in denen der russische Botschafter am 30. Juli seine Meldung über die deutsche Mobilisierung abgab, ohne Verzögerung abgelesen und noch vor 6 Uhr abends (gleich 7 Uhr Petersburger Zeit) von der Empfangsanstalt Warschau abgenommen worden sind. Es bleibt jetzt noch zu untersuchen, ob die erste falsche Meldung trotz sofortigen Widerrufs doch vielleicht hat Schaden verursachen können.

Wie heute bekannt ist, ist die russische allgemeine Mobilisierung schon am Abend des 29. Juli in Folge eingeleitet worden. Es geht nach dem Sachverhalt aus dem am 15. September 1917 ein, so meldet der britische Botschafter Sir G. Buchanan an demselben Tage, so berichtet der Oberster Professor Oman in seinem offiziellen Buche "The Outlook of the War 1914-1918" (Seite 67 ff.), so bestätigt der französische Botschafter Balaucourt in der "Revue des deux Mondes" vom 15. Januar 1921 (Seite 257).

Nun wäre noch denkbar, daß zwar nicht der geheime Entschluß der russischen Generale, aber die nachträgliche Genehmigung des Zaren durch die falsche Meldung aus Berlin beeinflusst wurde. Wie Oman (Seite 79) und Balaucourt (Seite 260) übereinstimmend berichten, ist die Zustimmung zur allgemeinen Mobilisierung durch Nikolaus II. am 30. Juli 4 Uhr nachmittags erteilt worden, also 3 Uhr Berliner Zeit. Da nach den Widerrufsmeldungen des französischen und russischen Botschafters die Ausgabe der Extrablätter mit der Mobilisierung um 1 Uhr erfolgt ist (Gebäude Nummer 106 und Drangobuch Nummer 62), bleibt nur ein 3/4 Stunden langer Zeitraum, innerhalb dessen die Mobilisierungsbefehle hätten abspielen müssen: Kennzeichnung der Befehlshaber vom Zaren bis in Berlin niedereiten Extrablätter, Entwurf und Chiffrierung der Meldung (Drangobuch Nummer 61), Beförderung zum Postamt 64, von dort zum Haupttelegraphenamt, Weitergabe nach Petersburg, Entzifferung im Auswärtigen Amt, dann Verhängung des beim Zaren in Peterhof wohnenden Außenministers Sokolow. Wer nur einige Vorstellung davon hat, wie langsam damals die überlasteten Telegraphenlinien arbeiteten, wer in den "Deutschen Dokumenten zum Kriegsarschiv" nachrechnet, wie lange die Telegramme von Petersburg nach Berlin und, wenn es angegeben werden konnte, die von Berlin nach Petersburg unterwegs waren — oft bis zu vier und fünf Stunden —, der kommt zu dem Schluß, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Depesche erst eingetroffen ist, nachdem der Zar den verhängnisvollen Befehl erteilt hatte.

Diese Wahrscheinlichkeit aber wird zu Gewissheit. Denn wie gleichfalls schon im Jahre 1916 festgestellt werden konnte, ist die Meldung des russischen Botschafters über das Extrablatt des "Sofalangeiers" um 3 Uhr 25 Minuten beim Berliner Haupttelegraphenamt eingegangen, das ist 4 Uhr 26 Minuten Petersburger Zeit oder eine halbe Stunde, nachdem die Wägen in Peterhof gefallen waren. Bei der Abfertigung trat dann wegen Überlastung der Linien und vorübergehender Störung des Betriebes noch eine erhebliche Verzögerung ein. Es ist somit vollkommen unmöglich, den Entschluß des Zaren mit einer Nachricht über deutsche Mobilisierung zu entschuldigen.

### Der neue Preussische Adler.

Von Geh. Regierungsrat Dr. Wägholdt, Hörtagenplatz, im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, a. Honorarprofessor an der Universität Berlin.

Da Berlin, 16. Juli.

Auch in der Gegenwart hat ein Landeswappen noch Vorkommen. Für praktische Zwecke braucht der Staat ein einpässiges, anschauliches Mittelzeichen. Selbst die Sommerregierung hat den kaiserlichen Doppeladler durch ein neues Sinnbild von Stern, ersetzt. Die Welt weigert sich, Briefe von Behörden als Dienststücke anzuerkennen, wenn sie nicht im Stempel ein Landeswappen zeigen. So erklärt es sich, daß mit der Staatskammaländer Preußens keineswegs die alten Wappen und Siegel verfallen sind. Sie wurden mehr oder weniger abgemittelt von einzelnen Behörden weitergeführt, während andere Dienststellen sich "mit Wappen-„Fauschier“ schufen, oder sich mit höchsten Namenstempel begnügten. Dieser Zustand war auf die Dauer untraglich und unwürdig. Die preussische Staatsregierung hat daher — dem Vorhaben des Reiches folgend — vor einiger Zeit die Ausharbeitung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beauftragt, Entwürfe zu einem neuen preussischen Staatswappen vorzulegen.

Die erste Frage war: Adler oder nicht Adler? Wir haben am Wappenschild des Adlers, ebenso wie das Reich, geschlafen. Von dem noch ein Wappentier erfinden, nach dem ein ausstrahlendes Wappentier für einen goldenen

an Ueberlieferungen reichen Staat aus der Luft greifen, ohne sich lächerlich zu machen. Welche Wappentier Preußens wählen es nicht verheißt, wenn man das Adlerwappen, das seit Jahrhunderten mit der Geschichte des preussischen Staates verbunden ist, durch ein traditionsloses Wappentier ersetzen wollte. Der Entschluß, das alte Emblem beizubehalten, führte sofort zu einer zweiten Frage: Heraldischer oder nicht heraldischer Adler? Die heraldische Form sprach gewisse höhere Gründe: die Gewohnung, Wünsche der Historiker und das Beispiel des Reiches. Gegen den heraldischen Adler ließ sich aber viel mehr anführen. Neben der falschen Sinnbilder überlieferung dem inneren Wesen der neuen Staats- und Volksgemeinschaft. Den königlichen preussischen Adler durch Wegnahme der monarchistischen Merkmale (Krone, Szepter usw.) zu einem republikanischen Adler umzuwandeln, erscheint ein kimmerischer Austrag. Ein neues heraldisches Adlerwappen Preußens würde schließlich mit dem neuen heraldischen Adlerwappen des Reiches ständig verwechselt werden, weil das einzige Unterscheidungsmerkmal die sog. "Kleeblätel" auf der Brust und den Flügeln des preussischen Adlers sind. Das Wahrsprechen Preußens muß sich aber — schon aus praktischen Gründen — auf den ersten Blick auch für den heraldischen Adlerformen vom Reiches deutlich unterscheiden. Aus diesen äußeren und inneren Gründen wurde nicht die heraldisch-formtreue, sondern eine freiere Form des Adlers als gewählt. Der Beweis für die Brauchbarkeit dieser Gedankengänge erbrachte der Entwurf der Künstlerischen Entwürfsarbeiten. Die Kunstverwaltung hat sich mit der Bitte um Erteilung einer Reihe hervorragender Künstler, u. a. an Grafen, E. A. Weiskopf, Kutschmann, Hupp, Dipier, J. G. Fischer, gewandt, ohne ihnen nach irgendeiner Richtung die Hände zu binden. Soweit die Künstler sich bereitigt haben, entschied sich die Mehrheit von selbst für den nicht heraldischen Adler. Dabei ergaben in der Reihe der Entwürfe sowohl der liegende Adler der Brandenburg, als auch der stehende Kaiserliche Adler. Obwohl es herrliche Beispiele aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts für liegende preussische Adler gibt, ist diese Ordnung doch als Wahrscheinlich napolionischer Persönlichkeit so sehr ein französisches Merkmal angesehen, daß es als preussisches Wappentier ausgeschieden. Damit war der Hinweis auf den in der fridericianischen Zeit geschaffenen Typus des liegenden Adlers gegeben. Er ist als insonderheit prächtiger Adler vollstimmig geworden. Das preussische Staatsministerium hat sich daher für den



Entwurf eines liegenden Adlers von Hermann Eich entworfen. Er, der durch sein schönes Nadelgold für Mannheim in weiterer Kreise bekannt geworden ist, hat einen unverwehrt heraldischen Adler geschaffen. Dieser klare und feste Bild des ausliegenden Adlers verleiht die Ähnlichkeit zu werden, weil es als preussisches Staatswappentier werden kann, der ohne den inneren Zusammenhang mit seiner Vergangenheit zu verlieren, sich aus tiefem Geist zu neuem Aufstieg tüftelt. Er hat nicht einen künstlichen Adler erfunden, sondern den Mut gehabt, einen Naturerlebnis zu freierer Form umzuformen. Gerade das wird dieser Adler vor jedem Verurteilern schützen. Ein ausgeprochen "ephronischer" Adler würde schon dem nächsten Geschlecht so unenträglich sein, wie uns heute ein "Staatswappen im Jugendstil" wäre. Im Rand der Stempel und Siegel steht der Adler Eichs mit entsprechendem Umschrieb und gutem Schwarz-Weiß-Verhältnis. Er ist nun vorabenteit als prächtiges Zeichen gedacht. Nach den verschiedensten Verwendungsmöglichkeiten, als Gummi- und Zerkleinertempel, als Siegel in Briefen und auf Fahnen bedarf jedes Wappentier gewisser Anforderungen. Es soll 1. W. das eine Mal stehenbleiben, das andere Mal hochaustrahler sein. Auch der Adler muß sich hier der freieren Kreisform entziehen, dort darf er sich freier in der Fläche entfalten. Man kann nicht für alle Formate, Zwecke und Zeichen ein und dasselbe Normformat verwenden wollen.

Ob die preussische Staatsregierung mit der Wahl des Eichschen Adlers das richtige getroffen hat, wird sich nicht sofort und auch nicht in den Diskussionen der Kunstfachverständigen entscheiden lassen. Darüber urteilt die Zeit und das ganze Volk. Der neue Wappentier ist gut, wenn er wie der alte als selbstverständliches Wahrsprechen Preußens empfunden werden wird.

### Erhöhung der Patentgebühren.

Durch ein am 10. Juli in Kraft tretendes Gesetz sind die beim Reichspatentamt zu zahlenden Gebühren erhöht worden. Die Anmeldegebühr beträgt nun je nach der Patente 100 Mark, bei Warenpatent 300 Mark. Die Patentantragsgebühr beträgt für das 1. und 2. Patentjahr je 100 Mark und steigt dann bis zum 6. Patentjahr um je 50 Mark, von 7. bis zum 11. um je 100 Mark und zum 12. bis zum 15. um je 150 Mark. So daß für das letzte Jahr 1500 Mark zu zahlen sind. Die Begleitungsgebühr ist auf 100 Mark erhöht, die Zulassungsgebühr bei Nachzahlung der Patentantragsgebühr und für die Nachzahlung der Erneuerung eines Warenpatents auf 50 Mark. Die Gebühr für die Verlängerung der Schutzfrist eines Gebrauchspatents beträgt fünfzig bis 300 Mark, ebensoviel die Gebühr für die Erneuerung eines Warenpatents. Die Wiederprüfungs- und die Einspruchsgebühr sind unverändert geblieben.

### Millionen Russen von Hungertode bedroht.

Der Vorkämpfer von Moskau hat einen Vortrags gehalten, in dem er behauptet, daß ein Hungertod in Zentralrussland herrsche und der größte Teil der Bevölkerung zum Hungertode verurteilt sei. Er bitte um großzügige sofortige Hilfe und sagt, daß alle anderen Maßnahmen bereits getroffen werden müßten, denn es gelte, das Leben von Millionen zu retten. Maxim Gorki schließt sich in einem anderen Briefe an und sagt, daß ein Hungertode Millionen und aber Millionen werden werden werden.

### Der neue Orientkrieg.

Der griechische Ministerpräsident Gounaris sagt in seiner Rede vor der Nationalversammlung, Griechenland habe den Auftrag erhalten, die Unterwerfung des Herzogtrages zu erwirken. Die Männer von Angora seien nur der Gewalt der Taten zugänglich. Es sei ausgeschlossen, daß der Friede durch Unterhandlungen mit Angora zustande komme.

Eine offizielle Note des "Messagero" führt aus, daß von Kernaufgebot Gespräch mit Gounaris in Kernaufgebot militärische Fragen bezüglich Konstantinopel, nicht aber politische Fragen behandelt, worauf allein der Werke hat zuständig ist. Auch müßten zunächst die politischen Richtlinien zwischen Rom, Paris und London festgelegt werden. Keineswegs könnten Italien und Frankreich einwilligen, daß die angebliche Bedrohung Konstantinopels den Vorwand zu einer militärischen Aktion gegen Kemal bilde. Italien werde während der Fortdauer der griechisch-türkischen Kämpfe eine abwartende Haltung in den Orientfragen annehmen.

### Japan und die Abrüstungskonferenz.

Neuer erzählt von japanischer amtlicher Seite, die japanische Regierung habe die Einladung zur Abrüstungskonferenz mit Freuden angenommen. Die japanische Regierung sei der Ansicht, daß es der Erreichung des gesteckten Zieles förderlich sein würde, wenn der Charakter des Problems des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens zunächst erklärt würde, bevor sie ihre Ansicht über deren Erörterung zum Ausdruck brächte. Sie habe deshalb die Vereinigten Staaten ersucht, ihr Mitteilung davon zu machen, welches die amerikanischen Ansichten in dieser Frage seien.

Nach einer Gegenseitigung aus Washington verlaute, daß die Vereinigten Staaten nicht zulaufen werden, daß eine Diskussion der Fragen des Fernen Ostens zu einer Bedingung gemacht werde. Japan müsse zuerst den Grundhaft der Konferenz annehmen. Es verlaute, daß Staatssekretär Hughes in der an Japan gelandeten Note diesen Standpunkt darlegte.

### Deutsches Reich.

Der Reichstag lehnt den Gesetzentwurf über die Heranziehung der Frauen ab. Den Gesetzentwurf über die Heranziehung der Frauen zum Schöpfen- und Gekochereichen, der nur ganz kurz ist und bestimmt, daß die Schöpfen- und Gekochereichen ohne Rücksicht auf das Geschlecht gebildet werden können, haben die Reichstagesmitglieder abgelehnt. In der letzten Wortführung wandte sich namens der bayerischen Regierung der Senator von Freytag aus entscheidende gegen den Entwurf; die bayerische Regierung lehnte grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Frau sich nicht zum Richteramt eigne und durch die Zulassung der Frauen eine Verweidung der Reichsjustiz einleiten würde, die gerade im gegenwärtigen Augenblick als unangebracht gilt. Mit der Zulassung würde den Frauen die "Rechtswissenschaft" gemacht werden. Nachdem Staatssekretär Lehmann erklärt hatte, daß die Reichsregierung nach wie vor erheblichen Wert auf die Heranziehung der Frauen in der Wahlprüfung im Plenum der Reichstages abgibt.

Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank ist am 10. Juli erfolgt in der Höhe von 38. bis 24. Juli 1918 zum 200 Mark für ein Pfundgoldmark. 100 Mark für ein Zehnmarkstück. Für 1 Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 44000 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

### Auslands-Rundschau.

Die Einbürgerungsbedingungen für Palästina. Die palästinenische Regierung macht öffentlich bekannt, daß die Einbürgerung der in Zusammenhang mit dem Weltkrieg an Palästina unterworfenen Völker, nicht nur die palästinenische Regierung, sondern auch die palästinenische Bevölkerung in der Höhe der Einbürgerung neue Transports werden erwartet. Ob die Lage in Palästina noch keine starke Palästinenwanderung zuläßt, wird die Einbürgerungsbewilligung vorläufig zu erklären. Palästinen, die im Lande länger als drei Monate zu bleiben beabsichtigen, Personen, die über genügend Mittel verfügen; und Palästinen, die in Palästina ihr Handwerk ausüben können und palästinenischen Rückwandern; Frauen und Männer von palästinenischen Einwohnern oder Weibern, die als Verwandte von den Einwanderern wirtschaftlich abhängig sind. Ferner Personen, die eine bestimmte Anzahl auf Befehlgebühren bei Privatpersonen oder Unternehmern haben. Personen, die zur Ausübung rechtlicher Berufe nach Palästina reisen wollen und nachweisen können, daß sie dort einen Wohnort haben, erhalten die Einbürgerungsbewilligung ohne Schwierigkeit.

Stehen Friedrich Hübner horten Rede an. In Anhang diplomatischer Kreise sind aus Ungarn Meldungen eingetroffen, wonach der ehemalige Ministerpräsident Friedrich gegen den eben die Anträge auf Wozd an Ungarn fallen gelassen wurde, keine Anhänger sammelt, um einen Antritt in Ungarn vorzubereiten. Die Aktion richtet sich in erster Linie gegen den Reichsbeamten Herzog und die Anhänger der freien Königsmacht. Friedrich, der ausgeproben der Antritt ist, hat Herzog Rede angelegt und kündigt an, daß er bereits in den nächsten Tagen mit den notwendigen Aktionen beginnen wird. Man befürchtet auch, daß in Weingarten ein Aufstand vorbereitet wird.

Die Wägen der irischen Frage. Nach Beendigung der zweieinhalbjährigen Verapung mit Gladstone zu geliebten Nachmittage erlebte der Premierminister Sir George die letzten Mitglieder der Unterhause nach Dublin zu kommen. Der Reichstag und der Reichstag, Minister treffen am Nachmittag in London ein. Der Minister des Inneren wird in Dublin sein. Der Unterhauseminister befindet sich bereits in Dublin. "Daily Chronicle" schreibt: Man glaubt, daß die Verapungswägen Gladstone und de Valera bis Mitte nächster Woche dauern und daß dann die Stimmeneinberufung nach Dublin zurückgeht, um im Unterhauseparlament zu berichten. Die "Daily Chronicle" will wissen, daß de Valera Minister mit dementselbst als Nachbegründer angeboten habe, die es unter dem Namen Gladstone bestei.



